



Ausgabe 03 | 2013

Europaparlament verschiebt Abstimmung über Viertes Eisenbahnpaket

Die für den 26. November geplante Abstimmung über das Vierte Eisenbahnpaket im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments wurde um gut drei Wochen auf den 17. Dezember verschoben. Grund hierfür ist die Komplexität des insgesamt sechs Gesetzestexte umfassenden Pakets, welche durch die Vielzahl der im September eingereichten Änderungsanträge im Europäischen Parlament noch verstärkt wird. Die etwa 400-500 Änderungsanträge pro Gesetzestext reichen von einer kompletten Zurückweisung des Kommissionsvorschlags (z.B. im Fall der Revision der VO 1370/2007) über fundamentale Änderungen – sowohl im Sinne einer Verschärfungen als auch einer Abschwächungen des Kommissionsvorschlags – bis hin zu kleineren Modifikationen.

4. Eisenbahnpaket: Stand der Verhandlungen in Parlament und Rat

Die Berichterstatter der politischen Gruppen im Europaparlament versuchen daher, zu Kernpunkten der Gesetzestexte parteiübergreifende Kompromissvorschläge auszuarbeiten, die – falls ihnen zugestimmt wird – eine Reihe kontroverser Änderungsanträge ersetzen. Über die Ausgestaltung einiger dieser Kompromiss-Änderungsanträge herrschte jedoch wenige Tage vor der geplanten Abstimmung noch keine Einigkeit zwischen den Parteien. Auch aus Sicht des VDV müssen mehrere Kompromissvorschläge – insbesondere zu Aspekten der Verordnung (EG) 1370/2007 und der Richtlinie 2012/34/EU – unbedingt verbessert werden. Die verlängerte Frist ermöglicht es den Abgeordneten, diesbezüglich noch bis zum 17. Dezember tätig zu werden.

Rat der EU verhandelt über technischen Teil

Die Verkehrsminister beraten unterdessen über die „technischen“ Teile des 4. EBP. Nach der Interoperabilitäts-Richtlinie (Gemeinsamer Standpunkt vom 10. Juni) wurde am 10. Oktober ein Gemeinsamer Standpunkt zur Sicherheits-Richtlinie beschlossen. Demnach sollen Eisenbahnunternehmen zukünftig mit einer einzigen EU-Sicherheitsbescheinigung und einer europaweit gültigen Fahrzeugzulassung leichter im europäischen Ausland tätig werden kön-

nen. In beiden Richtlinien wurde allerdings auch eine aus Sicht des VDV nicht sachgerechte Definition von „Stadt- und Regionalbahnen“ aufgenommen, die im anschließenden Trilog mit dem Parlament und der EU-Kommission verbessert werden soll.

Derzeit befasst sich der Rat mit der Verordnung über die Eisenbahnagentur der EU (ERA). Ob die „politischen“ Teile des 4. Eisenbahnpakets bereits unter griechischer Präsidentschaft (1. Hälfte 2014) oder erst unter italienischer Präsidentschaft (2. Hälfte 2014) behandelt werden, wurde noch nicht bestätigt.

Markttöffnung im Eisenbahnbereich war Thema auf UITP-Konferenz in Straßburg

Am 19.-20. November veranstaltete die UITP in Straßburg eine Konferenz unter dem Titel „Opening the European domestic rail passenger market to competition - what impact on regional, suburban and urban passenger transport?“. Zu den Rednern gehörten neben Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission auch Verbands- und Unternehmensvertreter.



R. Metz, VDV; B. Liberadzki, MdEP; E. Liégeois, EU-Kommission

VDV-Geschäftsführer ÖPNV, Reiner Metz, erläuterte in einer Podiumsdiskussion, warum eine Überarbeitung der Verordnung (EG) 1370/2007 derzeit grundsätzlich nicht stattfinden sollte. Ein viel diskutiertes Thema auf der Konferenz war die mögliche Vertagung der Abstimmung (s.o.), die von den Verkehrsunternehmen klar befürwortet wurde.

Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Das Europäische Parlament und der Rat der EU befassen sich in erster Lesung mit einer Richtlinie zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Ziel ist es, die mit Gas, Elektrizität, Wasserstoff etc. betriebenen PKWs für Hersteller und Verbraucher attraktiver zu machen und langfristig vom Öl unabhängig zu werden. Der am 24. Januar veröffentlichte Kommissionvorschlag sieht dazu die Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge / Wasserstoff-tankstellen in den EU-Mitgliedstaaten sowie europaweite technische Standards vor.

**EU-Richtlinie:
Aufbau von Infra-
struktur für alterna-
tive Kraftstoffe**

Gegenüber dem Europäischen Parlament wies der VDV zusammen mit den Verbänden UITP und CER darauf hin, dass die vorgeschlagenen Standards für elektrische Ladestationen zwar für e-PKWs, jedoch nicht für e-Busse geeignet sind. Damit auch Busse die Infrastruktur nutzen können, sollten innerhalb von zwei Jahren entsprechende Standards entwickelt werden. Darüber hinaus schlugen UITP und CER in Absprache mit ihren Mitgliedern vor, den ÖPNV stärker als den zentralen Mobilitätsanbieter in Städten zu etablieren und Multimodalität zu fördern. So könnten beispielsweise Ladestationen für e-PKWs in der Nähe von öffentlichen Verkehrshaltestellen errichtet werden – sofern dies technisch möglich ist und den ÖPNV weder operationell noch finanziell belastet. Diese Vorschläge wurden von Europaabgeordneten aufgegriffen und in Änderungsanträge überführt, die parteienübergreifend Unterstützung fanden. Einen entsprechenden Bericht nahm der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments am 26. November mit 30 zu 7 Stimmen an. Der Rat beschloss seine Position am 5. Dezember und wird sich nun mit dem Parlament absprechen. Die Abstimmung im Plenum soll am 15. April 2014 stattfinden.

**Security-Anliegen
haben europäische
Dimension**

Metalldiebstahl und Graffiti

Im Rahmen der EU-Initiative zu Sicherheit im Landverkehr („LANDSEC“) trafen sich am 28. November Vertreter aus Verkehrsverbänden (UITP, UIC, CER, EIM, UNIFE, ERFA, etc.), Mitgliedsunternehmen, nationalen Behörden und Vertreter der Europäischen Kommission zu einem Austausch bzgl. Metalldiebstahl und Graffiti. Im Bereich der Metalldiebstähle ist die EU-Kommission bereits tätig geworden und sammelt Daten aus Mitgliedstaaten, um „best practices“ im Umgang mit den Diebstählen zu ermitteln. Auch das Thema Graffiti traf bei der Kommission auf Interesse. Die Generaldirektion Mobilität und Verkehr (MOVE) betrachtet das Thema als eines mit europäischer Dimension und kündigte an, über

wirksame Maßnahmen nachzudenken. Gesetzgeberische Maßnahmen werden jedoch nicht erwogen.

EU stockt Mittel für TEN-V auf

Nach monatelangen Verhandlungen gab das Europäische Parlament am 19. November seine Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014–2020 der Europäischen Union. Dieser umfasst bis zu 960 Mrd. € (etwa 1% des Bruttonationalproduktes der EU) an Mitteln für Verpflichtungen.

Mit der Einigung auf den MFR wurde auch eine Einigung über die Finanzausstattung der TEN-V-Politik im gleichen Zeitraum möglich, was durch die sogenannte „Connecting Europe Fazilität“ (CEF) sichergestellt wird. Für TEN-V-Projekte werden in den sieben Jahren 26 Mrd. € zur Verfügung gestellt, was einer Verdreifachung der bisherigen Mittel entspricht. Gleichzeitig stimmte das Parlament auch der neuen TEN-V-Verordnung zu, sodass diese nach Zustimmung des Rates nun voraussichtlich Anfang 2014 in Kraft treten kann. Die TEN-V-Verordnung sieht vor, dass bis 2030 prioritär ein sog. Kernnetz mit bestimmten technischen Minimalstandards verwirklicht werden soll, welches das infrastrukturelle Rückgrat eines nachhaltigen Verkehrssystems bilden soll und neun multimodale Kernkorridore umfasst (sechs davon durch Deutschland). Bis 2050 soll dann das vollständig elektrifizierte und mit ERTMS ausgerüstete TEN-V-Gesamtnetz fertig gestellt werden. EU-Fördermittel in Höhe von ca. 260 Mio. € stehen nun erstmalig auch zur Umrüstung von Güterwagen auf lärmarme Verbundstoffsohlen zur Verfügung.

Neue Leiterin des VDV-Europabüros

Seit September vertritt Annika Stienen die Interessen der VDV-Mitgliedsunternehmen in Brüssel. Frau Stienen bringt langjährige Erfahrung im Bereich der europäischen Politik, Kommunikation und Interessenvertretung mit. Wie ihr Vorgänger, Ulrich Weber, engagiert sie sich auch in der Europaabteilung der UITP. Kontakt: stienen@vdv.de.

TERMINHINWEISE

28. Januar 2014 in Brüssel

**CER & UNIFE European Railway Award 2014
und CER & UNIFE Annual Reception**

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.europeanrailwayaward.eu

Kontakt

Annika Stienen
VDV-Europabüro Brüssel
T/F 00322 6636633 · M 0032 497451682
stienen@vdv.de

Dr. Ralf Schnieders
VDV-Hauptstadtbüro Berlin
T 030 399932-23 · F 030 399932-15
schnieders@vdv.de

Herausgeber: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) · Kamekestraße 37-39 · 50672 Köln · www.vdv.de